

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkundigungsblatt der Zentral-Krankens- und Sterbefasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschusskasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Postgeb.) bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Deutschen Bauarbeiterverbände  
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf. für die dreispaltige Zeile oder deren Raum berechnet

### Bekanntmachung.

Infolge der Weihnachtsfeierlage ist in diesem Jahre der Druck und Versand der Nr. 52 des „Grundstein“ zur rechten Zeit nicht möglich. Der Verbandsvorstand hat deshalb beschlossen, die Nr. 52 des „Grundstein“ schon mit der Nr. 51 zusammen als Doppelnummer herauszugeben. Die Doppelnummer wird Montag, den 17. Dezember, fertiggestellt und Dienstag, den 18. Dezember, verschickt. Sie wird also, soweit dies durch postalische Schwierigkeiten nicht verhindert wird, so früh in den Zweigvereinen sein, dass sie Sonntag, den 23. Dezember, verbreitet werden kann. Die nächstfolgende Nummer kommt dann erst nach Neujahr heraus.

Die Redaktion.

### Arbeitskammern.

Der neue Reichstag hat in seiner Einführungsrede in knappen Zügen die nächsten Aufgaben gezeichnet, die von der jetzigen Reichsregierung zur unmittelbaren Inangriffnahme in Aussicht genommen sind. Aus diesen Mitteilungen ging hervor, daß nun auch endlich die Arbeitskammerfrage einer Erfüllung näher gebracht und bereits in der Januar-tagung des Reichstages behandelt werden soll. Ebenso ist bekannt geworden, daß bei den Beratungen, die Graf Hertling vor seiner Amtsübernahme mit den Fraktionen der Reichsopposition des Reichstages abgehalten hatte, die baldige Einbringung einer Arbeitskammervorlage zugesichert worden ist. Demnach besteht also auch im Parlament das notwendige Interesse, um den Gedanken einer gesetzlichen Interessenvertretung der Arbeiterschaft aus dem Stadium der Erwägungen heraus in die Tat umzusetzen.

Dieser Anseh einer sozialpolitischen Neuorientierung dürfte auch nicht mehr länger auf sich warten lassen; denn der Reichstag beschäftigt sich mit dieser Frage schon seit vielen Jahren, und der erste sozialdemokratische Antrag auf Errichtung von Gewerkskammern reicht bis auf das Jahr 1877 zurück. Bei dem Regierungsentwurf Wilhelm's II. waren dann die Arbeitskammern in einem kaiserlichen Erlass besonders förmlich angeordnet worden. Die Regierung hatte in den Jahren 1908 und 1910 auch zweimal Vorlagen dazu eingebracht, die teils wegen Beendigung der Session, teils aus sachlichen Meinungsverschiedenheiten nie zur Verabschiedung gebracht werden konnten. Die letzte Vorlage scheiterte an dem „Annenheimer“ der veränderten Verhältnisse gegenüber der Reichstagsforderung, den Gewerkschaftssekretären das Wahlrecht zu den Arbeitskammern zu gewähren. Erst im Verlaufe des Krieges zeigten sich die maßgebenden Stellen bereit, die Gewerkschaften zur positiven Mitarbeit in unser Staatssachen einzureihen und damit auch die Gewerkschaftssekretäre als geeignete Kräfte zur Mitarbeit anzuerkennen. Damit kann heute der Streitpunkt von 1910 als erledigt angesehen werden. Die Widerstände „von oben“ sind demnach heute zu einem erheblichen Teil überwunden, wenigstens die Gegenwehr der Unternehmer gegen ein Arbeitskammergesetz in der Kriegszeit nicht an Schicksal verloren hat.

Ihre Überwindung ist nur denkbar, wenn auch in der jetzt aufgeworfenen Frage, ähnlich wie beim Hilfsdienstgesetz, die Möglichkeit gegeben ist, die gesamte organisierte Arbeitnehmerschaft auf einheitliche Maßnahmen für die Gesetzgebung zu vereinen. Die Hauptrichtungen der Arbeiter- und Angelegenheitsbewegung haben in den letzten Wochen den Versuch unternommen, einen gemeinsamen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der dem Bundesrat und dem Reichstag in diesen Tagen vorgelegt ist. Die Verwirklichung dieses einheitlichen Vorhabens war zunächst eine Klärung der Frage, ob die Arbeitskammern in partiellierter Zusammenfassung, oder die reinen Arbeiterkammern gefördert werden sollen. Die gebundene Lösung darf infolgedessen als gültlich bezeichnet werden, als in dem jetzigen Entwurf der sämtlichen Organisationsrichtungen das Prinzip der Arbeitskammern anerkannt worden ist, ohne auf die Schaffung einer reinen Arbeitnehmerschaft zu verzichten. Die Vorlage sieht die Schaffung von Arbeits-

kammern vor, die partiell aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt sind; doch sind diese Kammern gesetzlich verpflichtet, innerhalb ihrer Kompetenz besondere Arbeitnehmerschaften zu bilden, die die Aufgaben haben, die besonderen Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten. Sie haben zu diesem Zwecke ihre volle organisatorische Selbständigkeit und Handlungsfreiheit. Der Gesetzentwurf enthält auch bereits eine scharfe Umgrenzung des Aufgabenspektrums für die allgemeine Arbeitskammer und für die besondere Arbeitnehmerschaft. In den angeführten Aufgaben der Arbeitskammer finden wir die Berücksichtigung und Gutachterlichkeit an die Behörden, die Beteiligung bei dem Erlass von Vorschriften, die auf Grund der Gewerbeordnung zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeitnehmer erlassen werden, Gutachten für die Auslegung von Verträgen und für die Erfüllung von Verbindlichkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Maßnahmen zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, Mitwirkung bei der Regelung des gewerblichen Schulwesens, Förderung der Bestrebungen zum Abschluß von Tarifverträgen, Förderung des nicht gewerkschaftlichen Arbeitsnachweises usw. Die Arbeitnehmerschaften haben im besonderen:

1. Anträge und Wünsche der Arbeitnehmer zu beraten und für die Beratung durch die Arbeitskammer vorzubereiten;
2. die hierzu erforderlichen Erhebungen über die Höhe der Löhne und deren Verhältnis zur Aufwendung für die Lebenshaltung sowie über die Dauer der Arbeitszeit zu veranstalten;
3. erforderlichenfalls selbständig Gutachten entsprechend den für die Arbeitskammer geltenden Bestimmungen zu erlassen und Anträge an die gesetzgebenden Körperschaften und die in der in Frage kommenden Behörden zu richten.

Die Vorlage der Gewerkschaften setzt sich, soweit es sich um die gesetztechnische Seite handelt, vielfach an den Regierungsentwurf an, unterscheidet sich aber grundräßig dadurch, daß jener die faktische Wiederherstellung vorgezogen hätte, während jetzt der territoriale Aufbau vordringt wird. Die Arbeitskammer soll für den Bezirk einer oder mehrerer Verwaltungsbehörden errichtet werden. Wenn es die besonderen Verhältnisse eines Industrie- oder Gewerbezuges erforderlich machen, hat die Arbeitskammer das Recht, eine besondere Abteilung für das betreffende Gewerbe zu errichten. Auch bei diesen Abteilungen bleibt natürlich das Recht der besonderen Arbeitnehmerschaft bestehen. Für die Land- und Forstwirtschaft ist die Bildung besonderer Abteilungen obligatorisch.

Die Kosten der Arbeitskammern werden vom Reiche getragen, ohne daß dadurch das volle Selbstverwaltungsrecht der Kammern irgendwelche Beschränkung erfahren darf. Das aktive Wahlrecht haben alle Arbeiter und Arbeiterinnen, das das 21. Lebensjahr vollendet haben und im Bezirk der Kammer beschäftigt sind. Das passive Wahlrecht besteht mit dem 25. Lebensjahre. Außerdem sind wählbar nicht nur Personen, die diese Voraussetzungen erfüllen und mindestens ein Jahr als Vorarbeiter oder Angestellter einer Gewerkschaft tätig sind. Die Staatsarbeiter werden von dem Gesetz in vollem Maße mit erfaßt.

Im Gegensatz zu den früheren Regierungsvorlagen enthält die Institution der Arbeitskammer dadurch eine wesentliche Forderung, als sie in den im Gesetz vorgedruckten Vertriebsauschüssen, Schlichtungsausschüssen und Einigungsämtern ein systematisch gegliederter Unterbau gegeben wird. Es erscheint als ganz unhaltbar, daß etwa nach dem Schluß des Krieges die bestehenden Arbeitskammern nicht wieder völlig verschwinden sollen. Ihr Fortbestehen kann aber nur durch Gesetz gesichert werden. Deshalb und da ein lückenhaftes Zusammenhänge gegeben ist, mußte ihre Errichtung in dem Arbeitskammergesetz enthalten sein. Ebenfalls sehr bemerkenswert ist es, daß die Gewerkschaften die im Hilfsdienstgesetz bestehenden Mängel dieses Gesetzes durch entsprechende Sicherung beseitigt haben. Hier muß als richtig bemerkt werden, daß nach der neuen Vor-

lage die zur Bildung des Arbeiterausschusses erforderliche Zahl der im Betriebe beschäftigten Arbeiter von 50 auf 20 herabgesetzt worden ist.

Die Arbeitskammer soll in der Regel für den Bezirk einer oder mehrerer unterer Verwaltungsbehörden eine Schlichtungsstelle errichten, die ähnlich zusammengesetzt ist, wie die derzeitigen Schlichtungsausschüsse. Sie kann als Einigungsinstanz angerufen werden, wenn bei Streitigkeiten des Unternehmens mit seiner Arbeiterschaft die Vermittlung des Arbeiterausschusses zu keinem Ergebnis führt, wie sie überhaupt als Berufungsstelle des Arbeiterausschusses angerufen werden kann. Für den gesamten Bezirk der Arbeitskammer wird ein Einigungsamt errichtet. Es kann bei wirtschaftlichen Streitigkeiten über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses angerufen werden, wenn die beteiligten Arbeiter in den Bezirken mehrerer Schlichtungsstellen beschäftigt sind, ebenso wenn die Verhandlungen einer Schlichtungsstelle erfolglos verlaufen sind. Das Recht, einen Mandat anwalt mitzubringen, ist sowohl bei den Schlichtungsstellen wie bei den Einigungsämtern ausdrücklich vorgezogen.

Die Arbeitskammern werden in der von den Gewerkschaften vorgelegten Form zweifellos geeignet sein, gegenüber dem bisherigen einseitigen Einfluß des organisierten Unternehmertums, der Handelskammern usw. ein wirksames Gegengewicht zu bilden. Wenn man weiter berücksichtigt, daß außer den sämtlichen Richtungen der organisierten Arbeiterschaft auch die Arbeitsgemeinschaft technischer Angestelltenverbände und die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände an der gemeinsamen Aktion mit beteiligt sind, so stehen diesmal Reich und Reichstag vor der Entscheidung, dem Verlangen der gesamten unabhängig organisierten Arbeitnehmerschaft Holzgeben oder nicht. Sie wird nur im Sinne der von den vereinigten Organisationsrichtungen unterbreiteten Vorlage ausfallen können.

### Drei Jahre Weltrevolution.

Im vorigen Jahre hat Dr. Paul Lenß ein Buch herausgegeben: „Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück.“ In diesem Buche hat er unter anderem dargelegt, daß England, dieses als besonders liberal geprägte Staatsvolk, in Wahrheit ein entwicklungsgeschichtlich veralteter Staat sei, während Deutschland heute entwicklungsgeschichtlich an erster Stelle stehe. England liege das Land des alten Individualismus, Deutschland dagegen das Land der sozialen Organisation und der fortschreitenden Vergegensetzung. In diesen Zusammenhängen steht Lenß in letzter Linie die geschichtlichen Ursachen der deutschen Kraft, wie sie sich in den deutschen Siegen und in der deutschen Unabwänglichkeit während des Krieges offenbarte. Deutschland spielt nach Lenß im Kriege die Rolle des Revolutionslandes, der der fortschreitenden Entwicklung neue Aufgaben weist und der aus der kulturellen, technischen und sozialen Fortschrittlichkeit seines Landes die Kraft zu seinen Siegen schöpft.

Jetzt hat Dr. Lenß ein neues Buch herausgegeben, in dem er diesen Gedanken weiter entwickelt und in dem er aus dem jetzigen Stande der Dinge die Schlussfolgerungen für Deutschlands Zukunft gezogen hat. Er nennt es „Drei Jahre Weltrevolution“ (Verlag von E. Fischer, Berlin). Dieses Buch ist ein Versuch, die gewaltige Gegenwart historisch zu erfassen, sie in dem Rahmen des großen geschichtlichen Werbens zu setzen und zu verstehen. Es wehrt in ihm der Geist der Jahrtausende und Jahrtausende, und auch der Geist der Jahrhunderte und Jahrtausende, die die Weltgeschichte befruchteten, muß zugeben, daß er in seinem Werk eine gewaltige Gedankenarbeit geleistet hat.

Dr. Lenß sieht im Weltkrieg eine Revolution, und zwar eine Revolution von viel größerer Bedeutung, als sie der großen französischen oder irgendeiner anderen Revolution jemals zukam. Er sieht in ihr die Weltrevolution, die die Sozialisierung der Gesellschaft einleitet, wie die englische und französische Revolution das kapitalistische Zeitalter, die Herrschaft des Individualismus einleitete. Als einen der tiefsten Gründe, die zur Weltrevolution geführt haben, sieht Lenß den Übergang Deutschlands zum Schutzsozialismus in









Wegen rückfälliger Beiträge mußten vier Kollegen gestrichen werden. Somit verbleibt am Schluß des dritten Quartals ein Bestand von 1081 Mitgliedern. Eine Diskussion über den Bericht fand nicht statt. Dem Kassierer wurde auf Antrag Entlassung erteilt. Ueber die Tätigkeit der Arbeiterauschüsse berichtete Kollege Karl Häfner. Er gab unter andern die Schwierigkeiten bekannt, die bei den Lohnbewegungen und den Ernährungsfragen zu überwinden waren. Die Obmänner der Arbeiterauschüsse der einzelnen Bezirke hätten alles getan, um soviel wie möglich für die Kollegen herauszubekommen. Doch nicht alles erungen werden konnte, liege eben an dem kolossalen Widerstande der Arbeitgeber sowie des Direktoriums der bauausführenden Werke. In der Diskussion befragte Kollege Weniger die Beauftragten der Kollegen. Er führte aus, daß die Kollegen, die heute infolge des Mangels an Gummi und Holz greifen mußten, erst zu Kaufpreisen herangezogen werden müßten. Im weiteren kritisierte er scharf das Verhalten einzelner Kollegen, die durch ihre Resolutionen den Scherzmaschinen noch Handlungsdiensleistungen leisteten, und legte am Beispiel der, wie trotz der steigenden Leertung zu den niedrigen Löhnen im Widerspruch stände. Mehrere andere Kollegen sprachen in demselben Sinne. Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen: „Die am 23. November im „Wiegarten“ vorgenommene Versammlung der Bauarbeiter des Industriebezirks Württemberg nimmt Kenntnis von der Arbeit der Arbeiterauschüsse. Sie betrachtet die im September gestakte Stundenlohnsteigerung von 7 1/2 % nur als Zwischenschaltung und beauftragt die Arbeiterauschüsse, ständig in Verhandlungen zu bleiben, damit die niedrigen Löhne wenigstens einigermaßen mit der fortwährend steigenden Leertung in Einklang zu bringen sind. Sie beauftragt die Ausschüsse, bei den Firmen vorstellig zu werden, um das am 1. Januar 1918 in Aussicht kommende Steidergelb zu erhöhen oder eine Lohnsteigerung zu fordern. Sie protestiert gegen die unverschämten Mißgriffe, die von der Regierung bei der Einfuhr befristet werden müssen, und erachtet von den amtierenden Stellen eine größere Zuteilung und eine bessere Verteilung der notwendigen Rohstoffe.“ Zu der Verteilung konnte nicht ausführliche Stellung genommen werden, da der Sekretär, Kollege Koch, nicht erschienen war. Ein Protest, die sich gegen die Kriegspolitik des Reiches und der General-Kommission, sowie gegen die Schreibweise des „Grundstein“ wandte, wurde mit der Begründung abgelehnt, daß nicht genügend Zeit vorhanden sei, um sie in allen Teilen ausführlich und richtig zu behandeln. Ein Antrag, die vier Wochen eine Versammlung einzuberufen, um die Resolution bekannt werden soll, fand Annahme. Die Wochen zum Kartell mußten ebenfalls wegen Zeitmangels zurückgestellt werden.

**Dann.** (Differenzen.) Bei den Baufirmen Homberg & Co. und Baugewerkschaft Düren in Kreuzdorf ist es wegen der mit der Arbeitslosenversicherung verbundenen Abrechnung zu Arbeitszeinstreitigkeiten gekommen. Nicht selten bestehen wegen dieser Sache in unserm Gebiet Differenzen, die, wenn die Unternehmer den Wünschen unserer Kollegen nicht Rechnung tragen, leicht größeren Umfang annehmen können.

**Geln.** (Beurteilungswürdiger Mitglieder.) Von einer Baufirma in Krampeck bei Geln wird uns mitgeteilt, daß dort eine größere Anzahl Kollegen, die wir im Laufe des Sommers aufgenommen haben, zum christlichen Bunde übergetreten sind. An und für sich braucht uns das im hiesigen Bezirk, wo wir so viel Zulauf aus allen Himmelsrichtungen haben, nicht zu berühren. Es ist nur lobenswert, wenn man sich derjenigen Organisationsform anschließt, die man seine Interessen am besten gewahrt weiß und die selbst am weitesten Familien betreten kann. Aber solche Gesichtspunkte kommen für die Leute, von denen hier die Rede ist, nicht in Frage. Sie traten nicht zum christlichen Bunde über aus religiösen Beweggründen oder gar aus politischen Erwägungen, sondern aus ganz gewöhnlichen egoistischen Gründen. Unser Statut bestimmt, daß diejenigen Mitglieder, die unsern Bunde noch kein Jahr angehören, im Falle der Erwerbslosigkeit bis zur Höhe leben müssen, also auch in den Wintermonaten Dezember, Januar und Februar. Der christliche Bund, der auf dem Gebiete des Unterwiesens seinen Mitgliedern nicht bieten kann, was unser Bund bietet, erhebt in diesen drei Monaten keine Beiträge. Diesen Lohn machen sich christlich organisierte Wandergesellen am Bunde, die noch nicht wissen, ob sie ein Junge oder ein Mädchen sind, zum Uebertritt zu bewegen. Weist ihnen ihren Kodrusen zum jungen, unerfahrenen Leute, die sich weiter nichts dabei denken und es für klug halten, dort organisiert zu sein, wo es am billigsten ist. Wenn zu solchen jungen Leuten gesagt wird: „Ihr seid sehr dumm, wenn Ihr im freien Bunde im Winter Beiträge bezahlt; kommt zu uns, da seid Ihr drei Monate Beitragsfrei und nachher ist Euer Beitrag die Woche 10 s niedriger als bei den freien“, dann übt dies auf diejenigen, die nicht alle werden, sehr oft die gewünschte Wirkung aus. Von einer solchen Agitationsmethode hat der christliche Bund ganz gewiß keinen Nutzen. Der „Erfolg“ besteht darin, daß sich eine Anzahl Leute drei Monate dem Beitragslohn drückt. Wenn wenn im März das Beitragslohn im christlichen Bunde beginnt, dann sind natürlich die mit solchen wertvollen Argumenten gewonnenen Mitglieder längst wieder über alle Berge. Aber ein „Bediensteter“ haben sich diese christlichen Agitatoren erworben; sie haben dem freien Bunde junge Mitglieder abspenstig gemacht und dadurch die Arbeiterbewegung zum Schaden der Arbeiter und zum Nutzen des Unternehmertums geschwächt. Wir werden den christlichen Bund nicht um die auf solche Weise erzielten „Erfolge“, fordern aber unsere Kollegen auf, durch energische Aufklärungsarbeit diesem unehrlichen Treiben überall, wo es sich bemerkbar macht, entgegenzutreten.

Die hiesigen Bauarbeiter nehmen die Entschlüsse in der Tarifkommission mit Argwohn, wenn sie ihnen nicht passen, kann man gegenwärtig wieder wahrnehmen. Das hiesige Tarifamt hat in seiner Sitzung vom 15. November entschieden, daß allen Kollegen, die in der Stadtgemeinde Geln wohnen und außerhalb derselben arbeiten, für das Wintergeld 80 s vergütet werden müssen. Trotzdem nun schon drei Wochen

seit dieser Entscheidung verfloßen sind, weigert sich auch heute noch die Mehrzahl der in Betracht kommenden Baufirmen — zum Beispiel die Baugeschäfte Peter Zopp, Heinrich Siedler, Ringgraf, Peter Herrig usw. —, den Arbeitern diesen geringen Betrag auszugeben. Wir haben schon am 24. November deshalb den hiesigen Arbeiterverband beauftragt, dafür zu sorgen, daß seine Mitglieder der rechtsträftigen Entscheidung des Tarifamtes nachkommen, ohne bisher den geringsten Erfolg feststellen zu können. Der Arbeiterverband teilte uns zwar am 3. Dezember mit, er habe den Versuch, sich des Tarifamtes gegenständig seiner am 29. November stattgefundenen Generalversammlung mitgeteilt. Der Arbeiterverband ist jedoch nicht nur verpflichtet, seinen Mitgliedern diesen Beschluß mitzuteilen, sondern es ist seine verdammte Pflicht und Schandtat, dafür zu sorgen, daß dem Beschluß von seinen Mitgliedern Folge geleistet wird. Wir erwidern in der Nichtbefolgung des Beschlusses ein Tarifbruch der Mitglieder des Arbeiterverbandes und befehlen uns vor, diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die zu ergreifen, wir berechtigt sind, wenn den Entschlüssen der Tarifkommission nicht Folge geleistet wird. Wir ordnen unsere Mitglieder, die bei vertragsbrüchigen Unternehmern arbeiten, auf, auf den Vertragsbruch Stellung zu nehmen und uns sofort die Namen und Wankstellen derjenigen Unternehmer mitzuteilen, die sich weigern, der Entscheidung des Tarifamtes vom 15. November Folge zu leisten.

**Essen a. d. R.** Am 4. Dezember beschäftigte sich die Schlichtungskommission mit einem Antrag der Bauarbeiterorganisationen, die Arbeiter für den Bau- und Monierbau zu beurteilen, an die von der Firma beauftragten beständigen Arbeiter, die 2 s für die Stunde weniger erhalten, den Tariflohn zu zahlen. Der Vertreter der Firma legte die mit dem Industriebüro Briefe abgeforderten Berichte vor und begründete die Nichtzahlung des Tariflohnes damit, daß der Firma durch Anwerbung der Leute große Verluste entstanden, daß aber auch die Unterbringung und Verpflegung mit einem geringeren Gehalt berechnet wurde als vertraglich vereinbart. Nach eingehender Besprechung der Frage erklärte sich der Vertreter der Firma bereit, auch den ausländischen Arbeitern vom 7. Dezember an den Tariflohn zu zahlen.

**Frankfurt a. M.** Am 2. Dezember fand hier eine Generalversammlung des Zweigvereins statt, die von 2 Delegierten, 8 Zweigvereinsvorstandsmitgliedern, 1 Deputierter und 41 Delegierten aus 37 Bezirken besucht war. Die nach der Geschäfts- und Kassierberichte vom dritten Quartale entzogen wurden, die Stellung zu der Bewegung der Leute große Verluste entstanden, daß aber auch die Unterbringung und Verpflegung mit einem geringeren Gehalt berechnet wurde als vertraglich vereinbart. Nach eingehender Besprechung der Frage erklärte sich der Vertreter der Firma bereit, auch den ausländischen Arbeitern vom 7. Dezember an den Tariflohn zu zahlen.

Die hiesigen Bauarbeiter nehmen die Entschlüsse in der Tarifkommission mit Argwohn, wenn sie ihnen nicht passen, kann man gegenwärtig wieder wahrnehmen. Das hiesige Tarifamt hat in seiner Sitzung vom 15. November entschieden, daß allen Kollegen, die in der Stadtgemeinde Geln wohnen und außerhalb derselben arbeiten, für das Wintergeld 80 s vergütet werden müssen. Trotzdem nun schon drei Wochen

Zugewandigen Beitrag 75. Bei der Abrechnung waren immer wieder einige kleinere Differenzen zu verzeichnen, die aber bis auf eine bereits erledigt sind. Auf Antrag der Revision wurde der Kassierer einstimmig entlassen.

In der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Güttermann, Wendel, Hermann Anton, Bachmann und Martin, die zum Ausdruck brachten, daß sie im Antragsrat der hiesigen Bezirksvereine größere Leertungsfragen ermarzt hätten; aber nachdem die Vereinbarung getroffen sei, würden sie zustimmen. Kollege Güttermann berichtete über die Lage der Bezirksteile und des Verbandes sowie über die Gründe für, die zur Einberufung des Verbandes während des Krieges geführt haben. Unser gesamtes Statut, das durch die Einberufung verändert sein könnte, sei zum Teil schon durch Beschlüsse des Verbandes aufgehoben. Wir machte sich eine tiefgehende Anwendung notwendig, wofür eine so kleine Anzahl von Personen, wie der Verbandesrat, die Verantwortung nicht übernehmen könne, andererseits auf solchen Veränderungen könnten wir erst beraten, wenn die Vorlage veröffentlicht ist. Kollege Heidemann wies darauf hin, daß der Zweigverein Frankfurt drei Beschlüsse zu wählen habe. Der Zweigverein sollte sich für den Beitritt zum Verband entscheiden, die Gruppe der unterzeichneten Arbeiter, die zum Beitritt zu nehmen und made folgenden Vorschlag, bei denen, soweit es möglich, die einzelnen Bezirke und auch die Bezirkegruppen berücksichtigt seien, und bei denen ferner darauf Bedacht genommen sei, daß nicht reklamierte Kollegen, die jährlich durch Einberufung verhindert sein könnten, gemäß würden: H. Wendel, Gomburg, für den Raumbezirk: S. Dör, Eisen, für Hanau-Friedberg; Fr. Hartmann, Mühlhausen i. Odenwald, für den Odenwald und Offenbach; Adam Herrmann zum Zweigvereinsvorstand; Stages für den Bezirk Heesheim und S. Martin, Biber, für die Gruppe der unterzeichneten Arbeiter. Nach kurzer Diskussion wurden die Vorgelegenen einstimmig als Kandidaten aufgestellt. Daraus befragte Kollege Heidemann die Finanzvereinsmitglieder des Zweigvereins. Er wies darauf hin, daß wir, trotz in der Annahme des Krieges nicht so lange dauern, soziale Verhältnisse gegenüber den Kriegsfamilien beschaffen sind, die wir auf die Dauer ohne Erhöhung der Einnahmen für die Zweigvereinsmitglieder nicht werden tragen können. Es sei aber auch unmöglich, jetzt mitten dem aufzugeben. Der Zweigverein habe ganz gewollte Vorteile für die Familien der Kriegsteilnehmer gemacht. Er habe für die Besigen, die von der Hauptkasse keine Unterstützung bekamen, ferner zu Ostern 1915, wo von der Hauptkasse keine Unterstützung gezahlt wurde, an alle Kriegsfamilien, eine Unterstützung geschickt. Gomburg solle die Zweigvereinskasse an die Kriegsteilnehmer übergeben. Er erklärte, daß für diese Zwecke bereits mit 47 000 ausgeführt worden seien. Alle Bedarfsartikel liegen tief im Preise, so daß wir für die tägliche Verwaltung bei der viel geringeren Mitgliederzahl die gleichen Ausgaben hätten wie vor dem Kriege. An Einnahme sei dabei nicht zu denken. Es sei deshalb notwendig, den Arbeitslohn um mindestens 10 s auf die Marke zu erhöhen. — In der Diskussion sprachen die Kollegen Martin, Gancian, Fierolf, Güttermann, Bachmann und Hempel. Güttermann und Hempel empfahlen, den Arbeitslohn um 20 s zu erhöhen, die Hauptkasse beschließen, den Arbeitslohn vom 1. Januar 1918 an von 20 auf 40 s für die Marke zu erhöhen und den Tariflohn an Stelle der bisherigen 7 1/2 s für die Marke zu beschließen. Zum Schluß forderte Kollege Herrmann die Delegierten auf, so einmütig wie hier auch in den Bezirken und auf den Baustellen für die Durchführung der gefassten Beschlüsse einzutreten.

**Über.** Die Mitgliederversammlung unseres Zweigvereins am 7. Dezember beschäftigte sich mit dem Angebot des Arbeiterverbandes, als Kriegsteilnehmer vom 10. Dezember an 10 s und vom 1. April 1918 an weitere 5 s zu zahlen mit der Bedingung, daß der Reichslohn bis 1. April 1919 zu verlangsamen ist. Die Versammlung sprach aus, daß das Angebot in keiner Weise den heutigen Leertungsverhältnissen entspricht. Sie erhebt scharfen Protest gegen diese niedrige Zulage, zumal, da der Tariflohn, falls der Tarif bis 1919 verlängert werden sollte, in sechs Jahren die Arbeitslohn erreichen würde. Da wir aber die Arbeitslohn nicht in der Höhe sind, unsere Forderung zur Durchführung zu bringen, erachtet die Versammlung, daß der Verbandstag in dieser Sache ein entscheidendes Wort spreche; denn so wie es jetzt ist, wäre der Reichslohn ein demnach für unsere Entlohnung. Weiter wurde beschlossen, vom hiesigen Arbeiterverband die Verlegung der Arbeitslohn auf Freitag abend zu verlangen. So dann wurde dem Antrag des Vorstandes gemäß ein Extrabeitrag von monatlich 20 s vom 1. Januar 1918 an auf die Dauer der Kriegszeit einstimmig beschlossen. Als Kandidat zum Verbandstag wurde der Kollege Steen aufgestellt.

**Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.**

**Bestellungsübersicht vom 26. November und vom 3. Dezember.**

Die letzten Ergebnisse sind nicht ganz vollständig, weil aus dem Bericht über den Bestand der Bezirke alle verhandenen Zweigvereine. Aus den Bestellungen ergibt sich ein langsames Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Waren am 19. November 145 Arbeitslose vorhanden, aber vom 26. November bis 3. Dezember hat sich die Zahl der Arbeitslosen auf 222, und am 3. Dezember bei 304 Arbeitslosen 0,37. In den Bezirken Womburg, Stettin und Breslau überstieg das Verhältnis am letzten Sonntag sogar zu dem Bundes. Immerhin waren noch 4 Bezirke ohne jede Arbeitslosigkeit, und in einigen andern blieb sie noch beschwindend gering. Die Zahl der Arbeitslosen, die sich in den Bezirken befinden, die Zahl der unterzeichneten Arbeitslosen. Der Bericht zum Mitgliederbestand betrug in der mit dem 10. November abgelaufenen Berichtswochen 0,10, in der folgenden Woche 0,11, und in der am 3. Dezember erbenen Berichtswochen 0,13.

1. König  
2. Braun  
3. Stettin  
4. Berlin  
5. Womburg  
6. Stettin  
7. Berlin  
8. Womburg  
9. Stettin  
10. Berlin  
11. Womburg  
12. Stettin  
13. Berlin  
14. Womburg  
15. Stettin  
16. Berlin  
17. Womburg  
18. Stettin  
19. Berlin  
20. Womburg  
21. Stettin  
22. Berlin  
23. Womburg  
24. Stettin  
25. Berlin  
26. Womburg  
27. Stettin  
28. Berlin  
29. Womburg  
30. Stettin  
31. Berlin  
32. Womburg  
33. Stettin  
34. Berlin  
35. Womburg  
36. Stettin  
37. Berlin  
38. Womburg  
39. Stettin  
40. Berlin  
41. Womburg  
42. Stettin  
43. Berlin  
44. Womburg  
45. Stettin  
46. Berlin  
47. Womburg  
48. Stettin  
49. Berlin  
50. Womburg  
51. Stettin  
52. Berlin  
53. Womburg  
54. Stettin  
55. Berlin  
56. Womburg  
57. Stettin  
58. Berlin  
59. Womburg  
60. Stettin  
61. Berlin  
62. Womburg  
63. Stettin  
64. Berlin  
65. Womburg  
66. Stettin  
67. Berlin  
68. Womburg  
69. Stettin  
70. Berlin  
71. Womburg  
72. Stettin  
73. Berlin  
74. Womburg  
75. Stettin  
76. Berlin  
77. Womburg  
78. Stettin  
79. Berlin  
80. Womburg  
81. Stettin  
82. Berlin  
83. Womburg  
84. Stettin  
85. Berlin  
86. Womburg  
87. Stettin  
88. Berlin  
89. Womburg  
90. Stettin  
91. Berlin  
92. Womburg  
93. Stettin  
94. Berlin  
95. Womburg  
96. Stettin  
97. Berlin  
98. Womburg  
99. Stettin  
100. Berlin

Stellungsergebnis vom 26. November.

Table with 10 columns: Name, Zahl der Mitglieder, Zahl der Beisitzer, Zahl der Beisitzerinnen, Zahl der Beisitzerinnen, Zahl der Beisitzerinnen, Zahl der Beisitzerinnen, Zahl der Beisitzerinnen, Zahl der Beisitzerinnen, Zahl der Beisitzerinnen.

Stellungsergebnis vom 3. Dezember.

Table with 10 columns: Name, Zahl der Mitglieder, Zahl der Beisitzer, Zahl der Beisitzerinnen, Zahl der Beisitzerinnen, Zahl der Beisitzerinnen, Zahl der Beisitzerinnen, Zahl der Beisitzerinnen, Zahl der Beisitzerinnen, Zahl der Beisitzerinnen.

Zur Neuordnung unseres Verbandes.

In letzter Zeit, wo viel von der Reform in Preußen geschrieben worden ist, habe ich oft gedacht: ob nun nicht auch unser Verband bald daran geht, die so lange und so langen letzten Reformen des Verbandes und des Unter...

der Vertragspflicht auf das ganze Jahr alle geplanten Verordnungen durchzuführen lassen. Es wird viel Geld dabei noch dem Kriege gebraucht werden; aber das ist doch auch wieder rasche Wahrung, die Einnahmen werden dann auch wieder rasche wachsen. Ich will nun abwarten, was die Vorlage des Vorstandes bringt. Ich will nun abwarten, was die Vorlage des Vorstandes bringt.

Ich bin dem Ausbiss des Unterstützungswesens nicht abgeneigt; aber wie wäre es, wenn wir es mit der Winterunterstützung so lassen würden, wie es jetzt ist? Es wäre doch darauf einzugehen, daß ein Winter kommt und daß es in andere Arbeit, um so durch den Winter hindurchzukommen. Winkt ihnen aber die Unterstützung, dann werden es viele sein lassen und die Unterstützung beziehen, und die anderen, die arbeiten, werden sich im stillen benachteiligt fühlen und durchschauen lassen, daß sie nur für andere mehr Beiträge zahlen müssen.

Ich und viele Kollegen unserer Gegend können den Gedankens des Vorstandes nur freudig begrüßen; denn unter den heutigen Verhältnissen müssen die Unter...

Einen erfreulichen Beschluß haben nach Nr. 46 des „Grundstein“ Verbandsrat und Beirat gefaßt. Einleitend soll auch im Deutschen Bauarbeiterverband ein Verbandstag über die ferneren Beschlüsse des Verbandes entscheiden, nachdem während der langen Dauer des Krieges die Verwaltung mehr oder minder autoritär gehandhabt worden ist. Ich will nicht behaupten, daß die Beschlüsse des Verbandsvorstandes und Beirates nicht nach bestem Wissen und Gewissen in allen tiefen eingehenden Fragen gefaßt seien, gebe vielmehr zu, daß sie durch einen Verbandsrat zum größten Teil noch kaum anders gefaßt werden wären.

Ich bin dem Ausbiss des Unterstützungswesens nicht abgeneigt; aber wie wäre es, wenn wir es mit der Winterunterstützung so lassen würden, wie es jetzt ist? Es wäre doch darauf einzugehen, daß ein Winter kommt und daß es in andere Arbeit, um so durch den Winter hindurchzukommen. Winkt ihnen aber die Unterstützung, dann werden es viele sein lassen und die Unterstützung beziehen, und die anderen, die arbeiten, werden sich im stillen benachteiligt fühlen und durchschauen lassen, daß sie nur für andere mehr Beiträge zahlen müssen.

Ich und viele Kollegen unserer Gegend können den Gedankens des Vorstandes nur freudig begrüßen; denn unter den heutigen Verhältnissen müssen die Unter...



Neuordnung der Dinge sollte man jedoch nicht verfehlen, endlich einen Kontakt zwischen den Einnahmen und Ausgaben der Parteien herbeizuführen. Derzeitungsgemäß haben die an Mitgliederbeiträgen zweigeteilte mit noch weiteren unbedeckten Gebieten gegenwärtig hohe Ausgaben für Agitation und was damit zusammenhängt. Ihre fruchtbringende Arbeit, für die sie den größten Teil der Kosten, auf das Mitglied berechnet, tragen, kommen aber den großen Zweigeteilten insofern zugute, als die Abwanderung der organisierten Kollegen nach den Großstädten größer ist als nach den Kleinstädten und den ländlichen Gebieten; umgekehrt sind die kleineren Zweigeteilten Sammel- und Zummelpfad der organisationsfremden Elemente. Alle Ausgaben für Agitation muß endlich die Hauptlast und damit der Gesamtverband übernehmen. Diese Ausgaben können sich nun aber nicht allein in Hebernahme der Kosten für Flugblätter und Verfammlungen und gelegentlichen Aufstellungen erschöpfen, sondern es müssen alle Ausgaben, die mit der Agitation zusammenhängen, getragen werden. Dazu gehören bei allen Dingen die Kosten für die in solchen Vereinen tätigen angestellten Kollegen; denn lediglich für Verwaltungsarbeit brauchen diese Zweigeteilten keine Angestellten. Diese waren bis jetzt und sind auch in Zukunft zu zahlen für die Verwaltung neuer Mitglieder und somit für ihre Tätigkeit, die sie zu bewerten vom Gesichtspunkt der Wertung für den Gesamtverband. Ein Ganges und Würgen, ein Verteilen und Feilschen um Erhaltung der Kosten für diese so wertvollen Kräfte wie sie sind, muß in Zukunft aufhören. Dieser Zustand ist des Verbandes und der bestehenden Kollegen unzulässig. Der Interzession und mit ihm eine Reihe anderer Kollegen wissen ein Viehes davon zu singen und sehen sich nie wieder nach solcher Zwitterstellung. Will unter Verband seine große Kulturmission erfüllen, so ist es notwendig, daß es auf allen Gebieten die Vorstandsmitglieder Ferdinand Schmidt, Bienenfeld u. a.

Anmerkung der Redaktion. Solange Schmidt rügt, daß von der Notwendigkeit eines Verbandes nur mit der Wichtigkeit des Ausbaues uninteressierter Angelegenheiten begründet worden ist und nicht auch mit den von ihm angeführten Gründen. Diese Gründe haben natürlich auf die Entscheidung der Verbandsversammlung mit eingewirkt. Daß der Verband über die Zurückbeziehung mit zu entscheiden habe, ist in unserem Bericht von der Verbandsversammlung ausdrücklich gesagt worden. Daß er sich mit der inneren und äußeren Gestaltung des Verbandes beschäftigen wird, ist selbstverständlich. Er soll ja das Statut, also unsere Verbandsverfassung, in seinen veralteten Teilen neu aufbauen. Auch mit der Gefahr der Zersplitterung wird sich vermuthlich der Verband in der einen oder anderen Weise beschäftigen. Wenn diese Frage nicht als besonderer Punkt auf der Tagesordnung gestellt werden sollte, so gibt sicherlich der Vorstandsbericht Gelegenheit zur Aussprache über diese wie noch über anderen Punkt. Wir brauchen diese Dinge, da ja die Einberufung eines Verbandsorgans beschlossene Sache ist, in unserem Artikel in Nr. 48 nicht ausdrücklich zu erwähnen; denn dieser Artikel sollte nur die Einleitung zur Diskussion der Neuordnung sein. Die Hauptpunkte, an denen alle Mitglieder gleichmäßig interessiert sind, sind eben die Fragen der Unterbringung und Weiterentwicklung, sowie der Ausgestaltung der Unterbringung auf den Winter. Wir möchten dies hier, ohne die Diskussion über unsere Neuordnung irgendwie beschränken zu wollen, noch vornehmlich erklären, damit sich in den Kreisen unserer Kollegen nicht die Meinung festsetzt, als wollten Vorstand und Beirat auf dem Verbandstag nur die in Nr. 48 des „Grundstein“ behandelten Fragen lösen.

**Zu den Vorgängen in Leipzig**

Wir sind aus dem Felde geschieden: Welche Kollegen! Erlaubt mir als Leipziger Bauarbeiter ein paar Worte zu dem Streit, der zuerst dort herrschte. Ich selbst bin lange nicht mit allem in Verbindung, was zur Zeit des Streites unsern seitens Stellen getan wurden ist. Habe dies auch schon einmal dem Vorstände mitgeteilt. Versteht aber ist die Kampfbewertung, wie sie meine Kollegen jetzt betreiben. Unter dem Kampfwort: „Kollekt der Generalkommission“ schließt man die bestehenden Meinungsverschiedenheiten nicht aus der Welt, sondern wir doch schon früher bezügliche Streitigkeiten gehabt. Ich denke da an die Zeit des Streites um den Massenstreik nach dem Götter Gewerkschaftkongress, als wir Womelsburg nach Leipzig holten. Bei allen derartigen Fragen soll und muß die Sachlichkeit die Vorgänge haben, und die stellt noch meiner Meinung nach. Das beweist mir die erste Versammlung nach Bauersfelds Bericht. Was ja selbst in zwei Versammlungen zugegen. Ohne auf den Bericht einzugehen, ging man gleich ins Besondere über. Na, und das soll der Ausdruck von Schumann heißen: „Man muß das Götter schmecken, solange es heiß ist.“ Man sieht im Vorhande und schneidet in den Stellungen. Ganz in der Ausleitung sieht man mit und schneidet ebenfalls, trotzdem die Differenzen dort groß waren und noch sind. Auch Heimesdes politischer Maulwurf gehört dazu. Was entsetzt nur für die Organisation aus alledem? Es zeigt die Arbeitslosigkeit darunter, daß Mitglieder bekommen man noch überall auch keine. Außen hat nur das Internermentum haben Heberall schrieben sich die Interessenten zusammen, nicht nur in Unternehmerrufen, und die Arbeiter gereizten sich. Hoffentlich bringt der gute Gedanke, der bei der Einigung des Leipziger Komitees gutgehe, auch noch in die Streit der alten Bauarbeiter. Aus allem diesem rufe ich meinen Kollegen zu: Seid einig; denn nur so erreicht ihr etwas! Nicht nur zum Wohle der Leipziger Bauarbeiter, sondern zum Wohle der gesamten Menschheit. Friedrich Kaymann.

Wie aus dem Verfammlungsbericht des Zweigereins Leipzig in Nummer 48 des „Grundstein“ hervorgeht, hat Kollege Hermann Viebig in der Mitgliederversammlung am 20. November behauptet, die Berichte im „Grundstein“ über die Leipziger Vorgänge seien einseitig. Er schlug vor, die Berichte vom erweiterten Vorstand nachprüfen und von ihm eine Mitteilungsliste an den „Grundstein“ einreichen zu lassen. Für diesen Vorstoß hat Viebig die Versammlung nicht gewonnen. Er hat uns nun

selbst eine Erklärung zu diesen Berichten eingeschickt. Wir können uns zwar denken, daß unsere Kollegen den Leipziger Streit günstig fast haben, und selbst ich es schon wegen der hitzigen Raumtaphetie, nicht annehmbar, daß wir nochmals darauf zurückkommen müssen. Da wir aber nicht den Anschein erwecken möchten, als wollten wir der Opposition eine Gewandlung unmöglich machen, so müssen wir von der Richtigkeit Viebigs schon Not nehmen. Solange Viebig schreibt:

„Der Artikelserie im „Grundstein“, der Stoff um die Gewerkschaften, beschäftigt sich vorwiegend mit den Vorgängen im Leipziger Zweigerein. Die in den Artikeln gegebene Schilderung ist nicht ganz richtig und irreführend, deshalb halte ich es für notwendig, noch einmal die richtigen Worten darauf einzugehen. Es ist falsch, wenn in der Artikelserie gesagt wird, eine Anzahl Kollegen von Leipzig wollten die Spaltung in der Gewerkschaft. Alle Kollegen haben die Notwendigkeit einer einheitlichen Organisation erkannt. Der Streit im Zweigerein Leipzig ist nicht entstanden durch die Beiträge von Dr. Weitzel oder der Gewerkschaftler, sondern durch die Leipziger Volkzeitung“, sondern durch die Haltung einiger angestellten Kollegen, die den Streit entzündet haben. Diese Kollegen glaubten, den Mitgliedern des Zweigereins Leipzig die Anbahnungen der Weitzelkollegen durchzuführen zu können, daß sie ihnen das Bauunternehmern gegen die Leipziger Volkzeitung, die „Freie Presse“, aufzubringen verstanden. Die „Freie Presse“ ist mit Hilfe der Weitzel und des Internermentums gegründet worden. Auch hat der Parteivorstand der Weitzelkollegen 40 000 Mark gegeben, worunter auch ein nicht geringer Teil Beiträge der Leipziger Arbeiter entfallen ist, die jetzt die Wahrnehmung machen müssen, daß sie mit ihrem selbst gesammelten Gеше beklagt werden. Als der „Vorwärts“ zum Parteivorstand in ein Weitzelbureau umgewandelt wurde, stellte die erwählten Kollegen den „Vorwärts“ im Bureau zu halten. Früher hatten die Weitzel Kollegen kein Weitzel, weil er die Ansichten der Arbeiter in der sozialdemokratischen Partei vertrat. Nachdem sich die zwei Arbeiterorganisationen Leipzig Stadt und Land die Leipziger sozialdemokratische Partei einfließen hatten, stiftete sich ein ganz geringer Teil, der die Weitzelansichten vertrat, veranlaßt, einen neuen politischen Verein zu gründen. Dieser heißt sich zum Weitzel als Weitzelkollegen, Genossenschaftsangehörigen und ihren Familienangehörigen zusammen. Die Mitgliederzahl hat sich im Laufe der Zeit auf 30 000 in der alten Organisation geblieben an 30 000 betragen. Und trotz der geringen Mitgliederzahl wurde das oben erwähnte Kampfbureau unter dem Schutze des Internermentums gegründet, wie folgendes Dokument beweist: „Gegen den langen Zeitraum der Leipziger Handelkammer, in dem diese ein Bureau der Gewerkschafter der „Freien Presse“ ihren Weitzelangehörigen heimlich, die Verteilung der Brodennummern beim Arbeitslohn in oder vor den Betrieben zu gestalten, das Weitzel von Kommissarischen nicht zu verhindern und sich bei den Weitzel Kollegen die günstigsten Anfertigungsgelegenheit zu beschaffen. Die Weitzel Genossenschaft dieses Zirkulus erwidert sich. Die Redaktion.“ Schon in einer der nächsten Vorstandssitzungen des Zweigereins, die nach der Gründung der „Freien Presse“ stattfand, wurde wieder von den oben erwähnten Kollegen der Antrag gestellt, die „Freie Presse“ für das Bureau zu abstimmen. Das wurde abgelehnt. Kurze Zeit darauf mußte festgestellt werden, daß ein großer Teil unserer Kollegen die „Freie Presse“ unter Kreuzband durch die Post in ihre Wohnung erhielt. Erklärung wurde vom Kollegen Bauersfeld, daß es nicht von ihm ausgegangen sei, doch er auch nicht wisse, wer sie erhalten hätte. Die fortgesetzten Verurtheile der erwählten Kollegen zur Unterlegung der Organe der Weitzelkollegen, des „Vorwärts“ und der „Freien Presse“, haben den Widerspruch der Kollegen herausgefordert, und das hat zum Streit geführt. Die erwählten Kollegen müssen wissen, daß eine große Zahl der Leipziger Kollegen sozialdemokratisch waren, und daß diese die Verurtheile der Angestellten als Verurtheilung ansehen mußten. Die Schuld an dem Streit trifft also nicht die Mitglieder, sondern jene, die unter allen Umständen ihrer politischen Weitzelansicht im Leipziger Zweigerein Geltung verschaffen wollten.

Zu diesen Ausführungen haben wir zu bemerken: Wir haben in unserer Artikelserie im „Grundstein“ nirgends gesagt, „eine Anzahl Kollegen von Leipzig wollten die Spaltung in der Gewerkschaft“. Wir haben im ersten der drei Artikel unserer Leipziger Kollegen gar nicht genannt, sondern nur auf die Hauptursache der „Angehängten“ gegen die Kollekt der Gewerkschaften und die Gewerkschaftsstellungen hingewiesen und haben diese planmäßige Tätigkeit durch Tatsachen unwiderleglich dargetan. Auch in unserem zweiten Artikel haben wir die uns von Viebig unterstellte Verurtheilung nie gemacht, sondern nur die Verurtheilung der Leipziger Kollegen festgestellt, die sich in unserem Verbands im Sinne der „Angehängten“ zu wirken, gegen die „Angehängten“ vorzugehen und den Streit der Weitzel und die Weitzelung der Weitzel auch, diese Ansicht durch Tatsachen auszuweisen. Wir glauben auch, diese Ansicht durch Tatsachen auszuweisen. Wir haben aber auch in unserem dritten Artikel haben wir die uns von Viebig unterstellte Verurtheilung nicht getan. Wir haben vielmehr am Schluß des Artikels ausdrücklich die Verurtheilung durch Tatsachen auszuweisen, daß die Verurtheilung unserer Bewegung nicht ist. Allerdings haben wir im Hinblick auf den Wunsch ausgesprochen, daß die Erklärung durch Tatsachen bestätigt werden möchte, da diese Worte allein, wie die Vorgänge in der sozialdemokratischen Partei beweisen, wertlos sind. Ansbänderer forderten wir von unserer Leipziger Opposition in Nr. 48 des „Grundstein“ gegenüber politisch anders denkenden Kollegen. Wenn Viebig weiter behauptet, der Streit in Leipzig sei von einigen unserer dortigen Angestellten entzündet worden, so ist das ganz offensichtlich unrichtig. Es ist nur unsern reinen, nicht zu bezweifelnden sich erlaubt haben, eine eigene politische Heberzeugung zu haben. Das ist aber

doch wohl ihr gutes Recht. Solange Viebig selbst hat dem auch in der Versammlung am 27. September erklärt, der Streit sei nicht auf die gewerkschaftliche Tätigkeit der Angestellten zurückzuführen, sondern auf die Tätigkeit der Weitzel Kollegen. Viebig, sagte er nach den uns vorliegenden umfangreichen Berichten: „Die Kollekt der Generalkommission ist die Ursache der Weitzel Kollegen.“ Gegen die Kollekt der Generalkommission und der Weitzel Kollegen und gegen die politische Heberzeugung unserer Leipziger Angestellten hat sich in der Tat das Vorgehen unserer Leipziger Opposition gerichtet. In diesem Vorgehen war die Leipziger Opposition sowohl von der Leipziger Volkzeitung wie von dem Leipziger Arbeiterkollegen unterstützt und planmäßig aufgeführt worden. Als Beispiel für diese Aufstachelung nennen wir die Spaltung des Redakteurs Schumann von der „Leipziger Volkzeitung“, der in einer Verurtheilung der „Angehängten“ Parteifunktionäre im „Vorwärts“ davon sprach, daß in den Gewerkschaften „eine reinliche Spaltung“ vorgenommen werden müsse. In seinen weiteren Ausführungen ließ er dann:

Auch die Verbandsorgane seien fest, weil zu den Verbandsorganen immer Leute geschickt werden, die den Vorständen aufpassen. Jetzt hat die Gewerkschaftsleitung nur Verbandsorganen geschickt, die die Organe gestiftet. Diese Zeit kann aber nicht immer und ewig dauern. Dann muß mit diesen Leuten, die von den Vorständen geschickt werden, eine Einigung vorgenommen werden. Wenn sich die Organe nicht einigt, weil es auch einseitig ist, so müssen sie ausgetrieben werden. Die Gewerkschaftsmitglieder müssen in den Verfammlungen Bedenken von ihren Funktionären verlangen.

Will jemand bestritten, daß unsere Leipziger Oppositionellen genau nach diesen Anweisungen eines Redakteurs der Leipziger Volkzeitung gehandelt haben? Aber Schumann war nicht der einzige, der die Gewerkschaftsmitglieder in dieser Weise zum Vorgehen gegen die politisch nichtigen Gewerkschaftsleiter aufgeführt hat. In einer Verurtheilung der „Angehängten“ Parteifunktionäre im „Vorwärts“ des „Freiwilligen“, wo auch Sache aus dem Leipziger Arbeiterkollegen, wurde die Weitzel von Redakteur Seeger von der „Leipziger Volkzeitung“ folgende Ausführungen:

Man muß den Gewerkschaftsmitgliedern klar machen, was ihre Führer sind. Man muß die Gewerkschaftsmitglieder klar machen, daß sie die Führer sind (gemeint sind die Verbandsorgane und andere Führer). Man muß nicht nach der Weise der „Angehängten“ langenden angestellten. Die Redaktion.) einreichen und es machen, wie die preußischen Arbeiter: sie alle von der Generalkommission bis herab zu den Angestellten in den Zweigereinen, hinausträumen.

Will jemand bestritten, daß das Vorgehen unserer Leipziger Oppositionellen auf dem Wege zu diesen Zielen lag? Das kann unsern Grund nicht bestritten, und wenn die Kritiker und Antagonisten in unsern Leipziger Verfammlungen ihre Ziele nicht erreichten, so ist das gewiß nicht gelungen ist. Die Weitzel, die in der Weitzel und Anweisungen zu erreichen, war gewiß vorhanden. Dabei kann es ganz außer Betracht bleiben, ob diese Anweisungen im Wortlaut bekannt waren oder nicht. Die Weitzel ist ebenfalls, daß die Weitzel „Angehängten“ ausgesprochen verstanden haben, die Gewerkschaftsmitglieder im Sinne dieser Anweisungen in Bewegung zu setzen, wenn auch jene, die auf eine Spaltung der Gewerkschaften hinarbeiteten, die Zerschlagung der Leipziger Gewerkschaften, die man eine Zeitlang tatsächlich beabsichtigte, zunächst unterlassen ist. Die Weitzel, die in Leipzig der Streit wird also ganz anders zu suchen, als unter unsern Angestellten.

Für unklar erklärte sämtliche in Betracht kommenden Angestellten Leipzigs auch die Weitzelung Viebigs, sie hätten verurtheilt, den Mitgliedern des Zweigereins Leipzig die „Freie Presse“ aufzubringen. Sie hätten bei den Mitgliedern des Zweigereins Leipzig niemals für die „Freie Presse“ agitiert und hätten nach der Zerschlagung der Partei nicht erklärt, daß es jedem Mitglied freistehen müsse, welcher Richtung er angehören wolle. Auf unsere Anfrage haben jetzt die betreffenden Kollegen nochmals ausdrücklich wiederholt, daß weder Bauersfeld, noch Seeger noch Wulff oder Demhardt im Bureau jemals ein Kreuzband für die „Freie Presse“ geschrieben oder ein Exemplar dieser Zeitung verschickt haben.

Nach das, was Viebig über die Gründung der „Freien Presse“ und des sozialdemokratischen Parteiverbands sagt, brauchen wir nicht weiter einzugehen, selbst wenn er sich nicht als ganz und gar unzulässig und als politischer Propaganda erweisen will, den Angehörigen der sozialdemokratischen Partei unter unsern Leipziger Kollegen schon erhalten gelassen, das ihnen zugehende Wort zu lesen und der ihnen zugehenden Partei anzugehören, wie das unsere Kollegen in allen Orten, wo die Angehörigen der sozialdemokratischen Partei in der Weitzel sind, den Angehörigen der Weitzel auch gestatten. Durch den Fehler, den der Redakteur der „Freien Presse“ mit seinem Schreiben an die Leipziger Handelkammer gemacht hat, und der, obwohl vom Vorstand der Leipziger Volkzeitung, Viebig, hat von der Leipziger Angehörigen dieser Partei einstimmig beurteilt worden ist, ist dieses Wort noch lange nicht zu einem „Wohlfühlen“ geworden, als was es die „Leipziger Volkzeitung“ mit Vorliebe zu beschimpfen für gut befindet. Daß unsere Leipziger Angestellten den Wunsch hatten, auf dem Boden der Leipziger Volkzeitung, Viebig, nach ein Wort der Weitzel zu halten, ist doch ein selbstverständliches. Wer sich nicht mit dem Bestreben auf die Weitzelkollegen begnügen, sondern sich über die Weitzel und innerpolitischen Ereignisse auch nur einigermassen objektiv unterrichten will, der kann, das ist auch unsere feste Heberzeugung, nicht auf die Weitzelkollegen, Viebig, nicht auf auskommen. Als aber der Zweigereinsleiter, die Bureau des Sagens abgelehnt hat, den „Vorwärts“ für das Bureau zu abstimmen, haben sich die Angestellten trotzdem damit einige weitere abgefunden und nie wieder ein Wort darüber gesprochen. Man sollte also diese Angelegenheit endlich ein-





